

## DIE LINKE vernetzt:



[www.youtube.com/user/LinksfraktionBremen](http://www.youtube.com/user/LinksfraktionBremen)



[www.facebook.com/linksfraktion.bremen](http://www.facebook.com/linksfraktion.bremen)



[www.twitter.com/dielinkebremen](http://www.twitter.com/dielinkebremen)



[www.tinyurl.com/bowqz62](http://www.tinyurl.com/bowqz62)



Es ist noch Luft im Haushalt: 180 Mio. Euro könnte der Senat 2014 mehr ausgeben als geplant, ohne die Sanierungsvereinbarung zu verletzen. Damit könnte man die kommunalen Kliniken sanieren, die Ausstattung der Schulen auf den Stadtstaatendurchschnitt heben und den Tarifabschluss für die Beamtinnen und Beamten übernehmen. Wollen SPD und Grüne aber nicht.

Absehbar wird Bremen so arm gekürzt. Jede Familie, die nicht mehr nach Bremen zieht, weil Bildung und Betreuung schlecht sind, bringt 3.500 Euro im Jahr an Steuereinnahmen weniger. Je schlechter die Bedingungen an den Schulen, desto schlechter die Aussichten auf einen Job. Hohe Erwerbslosigkeit kostet das Land mehr als Investitionen in Bildung. Menschlich und sozial ist das sowieso eine Katastrophe, aber das gilt ja fast gar nicht mehr als Argument.

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Bremischen Bürgerschaft



Tiefer 8, 28195 Bremen  
Fon: 0421 / 20 52 97-0  
Fax: 0421 / 20 52 97-10  
E-Mail: [mail@linksfraktion-bremen.de](mailto:mail@linksfraktion-bremen.de)  
Web: [www.linksfraktion-bremen.de](http://www.linksfraktion-bremen.de)  
Redaktion: Dr. Christoph Spehr, Kristina Vogt, Doris Achelwilm, Michael Horn (V.i.S.d.P.)

Foto-Quellen:  
Peter Feldnick / pixelio.de (Ortseingangsschild), Dirk Pollzien / pixelio.de (Hörsaal), [www.umfairteilen.de](http://www.umfairteilen.de) (Banner)

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Bremischen Bürgerschaft

## Ran an die Reichen: Wer will was?

10.800.000.000.000 Euro private Vermögen in Deutschland, davon 7,2 Billionen beim reichsten Zehntel, während Bund, Länder und Kommunen 2,1 Billionen Schulden haben – da läuft was schief. Wer fordert was? Die SPD will die Vermögensteuer, aber keine Vermögensabgabe. Die Grünen wollen die Vermögensteuer erst in zehn Jahren, und eine einmalige Vermögensabgabe. Die soll aber so hohe Freibeträge haben, dass bundesweit nur 350.000 Personen davon betroffen wären – ein Schelm, wer dabei an den Schutz für wohlhabende grüne Wählerschichten denkt. Diese Abgabe soll auch nur zur Senkung der Bundesschulden dienen – Kommunen und Länder gingen leer aus.

DIE LINKE will Vermögensteuer plus einmalige Vermögensabgabe. Als Bremer Fraktion schlagen wir für die Vermögensabgabe ein Modell vor, bei dem das reichste Zehntel belastet wird und das alle kommunalen Schulden und einen großen Teil der Länderschulden begleicht – für Bremen wären das zwei Drittel der Altschulden.

In der SPD wird ein Modell diskutiert, mit dem die Altschulden der Länder aus dem Solidaritätszuschlag abbezahlt werden. Das bedeutet, die Beschäftigten bezahlen die Schulden. Das lehnen wir ab: Zinsen für die enormen Schulden der Länder und Kommunen bekommen die Banken, davon profitieren wiederum diejenigen, die dort große Aktienanteile haben. Die Steuersenkungen der Ära Schröder und Fischer haben in erster Linie Länder und Kommunen belastet, während die Privatvermögen rapide angestiegen sind. Deshalb wollen wir, dass auch die Superreichen für die Altschulden aufkommen.



## Bildung: Wo ist die Schippe drauf?

Sie kommt, die „Schippe drauf“ für Bildung, die Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) versprochen hat. Aber wo ist sie? 7,5 Mio. Euro mehr sollte es geben für den Bildungsetat.

Nur, die Entwicklung liest sich jetzt so:

**Personalausgaben im Bildungshaushalt**  
2013: 292 Mio. Euro, 2014: 290 Mio. Euro

**Andere Ausgaben im Bildungshaushalt**  
2013: 281 Mio. Euro, 2014: 283 Mio. Euro

**Zusammen: 2013 - 573 Mio. Euro, 2014 - 573 Mio. Euro**

Gegenüber 2011 sind das 11 Mio. Euro weniger. Der Senatsbeschluss stellt gerade mal mit Ach und Krach die reguläre Unterrichtsversorgung sicher, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wichtige Aufgaben wie eine vernünftige Ausstattung der Inklusion und der Ausbau des ganztägigen Lernens bleiben auf der Strecke. Ein klarer Bruch des Koalitionsvertrags der rot-grünen Landesregierung.

UM *fair* TEILEN  
Reichtum besteuern